



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/193

15. Dezember 1949

## Symptom Hedler

-----

P.R. Die formale Erledigung des Falles Hedler wird vermutlich nicht einmal besondere Schwierigkeiten machen. Die Partei, der dieser Abgeordnete des Bundestages angehört, die DP, aber auch die CDU und die FDP, haben sich eilig von ihm abgesetzt. Aber damit ist nur wenig gewonnen. Einer ist, recht tölpelhaft, zu weit vorgeprescht. Es genügte nicht, ihn einfach zurückzupfeifen, man hat ihn fallen lassen - einstweilen.

Der Abgeordnete Hedler ist nur als Symptom interessant. Wenn es auch falsch wäre, von einer breiten antisemitischen Bewegung in Deutschland zu sprechen - der Weg von den ersten Nachkriegsschandtaten auf jüdischen Friedhöfen über die Fliegeleien des Mannes mit dem beziehungsreichen Decknamen Adolf Bleibtreu in einem Brief an die "Süddeutsche Zeitung" bis zu dem neuesten Exzess bleibt äusserst bedenklich. Dass dieser Antisemitismus fast überall, wo er hervortritt, mit einem extremen Nationalismus gepaart ist, gibt den deutlichen Hinweis auf die nationalsozialistische Quelle. Die neue Dolchstoßlegende, der "Verrat" der Widerstandskämpfer, die "Lüge" von der Schuld Hitlers am zweiten Weltkrieg (wobei Hitler und Deutschland nach berühmtem Muster identifiziert worden) - alles das war in der Rede in Einfeld vereint und weckt geradezu aufdringlich die Erinnerung an die Zeit, in der ihr "geistiger" Ursprung ruht.

Reden, wie diese, können Deutschland in der Beurteilung durch das Ausland und in der Urteilsbildung in Deutschland selbst um viele Jahre zurückwerfen, denn sie werden allzuleicht überbewertet

und weit über das gerechtfertigte Mass hinaus verallgemeinert. Wenn irgendwo das Wort von der Pflicht zur Wiedergutmachung angebracht ist, dann im Hinblick auf den Kreis der Widerstandskämpfer und das Judentum und deren Opfer. Angesichts der Ursumme an brutal zugefügtem Leid gibt es eine solche Möglichkeit praktisch nicht, höchstens wird man von dem Willen sprechen können, mit aller Kraft daran zu arbeiten, dass nie wieder etwas Ähnliches sich ereignet. Es ist ein zutiefst beschämender Vorgang, dass ein Abgeordneter des Bundestages gerade diese Gruppen von Menschen beschimpft, die wie keine anderen Symbole des Leidens und des unbeugsamen Willens zur Freiheit von der Diktatur gewesen sind.

Der Zweck der Verunglimpfungen der Widerstandskämpfer ist klar: Dem Volk soll das Gefühl der Überlegenheit über die ehemaligen Gegner zurückgegeben und der Glaube suggeriert werden, dass "wieder" nur Verrat die Ursache der schliesslichen Niederlage war.

Anders ist es bei dem neuen Antisemitismus. Die Juden spielen heute in Deutschland keine Rolle. Sie sind auf etwa 35 000 Menschen zusammengeschmolzen, fast alle haben den Wunsch, Deutschland endgültig zu verlassen. Sie können also gar keine realen Angriffsflächen für eine systematische Kampagne bieten. Aber darauf kommt es den Trägern solcher Aktionen ja auch gar nicht an. Sie wollen nur provozieren und politische Leidenschaften wecken, um diese für ihre dunklen Pläne einzusetzen. Sie erinnern sich aus der Hitlerzeit an die erstaunlichen Erfolge eines aus Judenhetze und chauvenistischen Schlagworten gemischten Jargons und greifen es wieder auf.

Möglicherweise werden sie eines Tages auch einen deutschen Dreyfus finden und an dem Kampf um ihr ein Feuer der Zerstörung jeder demokratischen Ordnung entzünden.

Die politischen Angehörigen und Freunde des gestrauchelten Herrn Hedler-sämtlich aus dem Lager der Regierungsparteien-sind also entsetzt, versichern sie nachdrücklich. Viele von ihnen wahrscheinlich besonders über das Bekanntwerden der Rede. Nun soll man Entgleisungen eines einzelnen, auch wenn er an exponierter Stelle steht, nicht ohne weiteres einer Partei zur Last legen. Aber es kommt auf den Anlass an, aus dem man stolpert-ist er individuell-bedingt, oder ist er symptomatisch für die Partei, der der Betroffene angehört. Wenn das zweite der Fall ist-und leider besteht Anlass zu dieser Annahme-muss man künftig doppelt aufmerksam die an einem solchen Fall deutlich gewordenen Strömungen beobachten.

### Innenpolitische Neuorientierung in USA

Von unserem Korrespondenten Dr. Hans Steinitz

New York, Mitte Dezember

Das traditionelle starre Zweiparteiensystem Amerikas steht augenblicklich in einer Krise, deren Ergebnis eine völlige Neuorientie-

rung der politischen Parteien des Landes sein kann. Sie könnte in absehbarer Zeit durchaus zur Bildung zweier klar umrissener politischer

Lager, einer konservativen Rechten und einer fortschrittlichen Linken führen. Bisher war es stets so, dass man weder die Demokratische Par-

tei eindeutig als Linke, noch die Republikanische Partei eindeutig als Rechte bezeichnen konnte. Praktisch hat sich im Kongress in letz-

ter Zeit schon oft eine überparteiliche "Koalition von rechts" als Opposition gegen Truman gebildet, bestehend aus den konservativen

Republikanern und den Südstaaten-Demokraten. Die Initiative geht von der Rechten aus und erstrebt eine Sammlung aller "konservativen"

Kräfte, d.h. aller offenen und unverhüllten Reaktionäre, Isolationisten, Chauvinisten, Klerikalen und Grossgrundbesitzer mitsamt

ihrem Anhang, in einer schlagkräftigen und einheitlichen "Front", die die bestehenden politischen Parteien unberührt lässt, aber die kon-

servativen Kräfte beider Parteien zu einer wirksamen Aktionseinheit, möglichst mit zentraler einheitlicher Führung, einheitlichem Propa-

ganda-Apparat und dergleichen zusammenschweist.

Eine solche Sammlung der Rechten wird heute sehr offen diskutiert und hier und da auch schon organisatorisch vorbereitet. Der Mit-

herausgeber der grossen Wochenzeitung "Newsweek", Raymond Moley, ein bekannter und einflussreicher Journalist, der früher zum Roosevelt-

Kreis gehörte, aber schon seit langem zu den Republikanern übergegangen ist, hat den Plan als erster zur Diskussion gestellt. Verschie-

dene Republikaner und unabhängige Stimmen aus der Unternehmerschaft haben sich bejahend geäussert, während sich die grossen offiziell-

len Sprecher des republikanischen Konservatismus, also vor allem Senator Taft, vorläufig noch zurückhalten. Dagegen hat Moleys Idee

Unterstützung aus dem Lager der Südstaaten-Demokraten erhalten, die, zumeist erzkonservative Plantagenbesitzer, seit langem mit ihren ei-

genen Parteifreunden aus dem industriellen Norden (dem fortschrittlichen Kreis um Truman, der sich der Unterstützung der Gewerkschaften erfreut) auf dem Kriegsfuss stehen.

Ende November hat nun der ehemalige Aussenminister James Byrnes,

ein Demokrat alter Schule, auf einer Tagung der Gouverneure der Südstaaten eine Rede gehalten, die grosses Aufsehen erregt hat. Byrnes

hat sich scharf gegen die Politik Trumans gewandt, die, in klarer Fortsetzung von Roosevelts "New Deal", auf den Ausbau des Systems

sozialer Sicherheit für jeden amerikanischen Bürger hinzielt: Ausbau und Erhöhung der gesetzlichen Mindest-Lohnsätze, Arbeitsbeschaffung

und Wohnungsbau der öffentlichen Hand mit Mitteln aus der Bundeskasse, staatliche Kreditpolitik für die Landwirtschaft, Ausbau der

Staatskontrolle über Industrie und Handel, grosse staatliche Programme zur Erschliessung der Naturkräfte und endlich Ausbau der staatlichen

Alters- und Krankenversicherung. Diese Politik, der Freund und Feind den Namen "Wohlfahrtsstaat" gegeben haben, kostet natürlich

viel Geld, das die Regierung auf dem Wege innerer Anleihen und hoher Steuern beschaffen muss.

Der "Wohlfahrtsstaat" sei, so hat Byrnes erklärt, nur eine Vorstufe zu einer völligen Staatswirtschaft, zum totalen Sozialismus

und müsse wegen der ständig zunehmenden Mehrbelastung des Staatsäckels schliesslich zum Staatsbankrott führen, denn auch der amerikanische Reichtum sei nicht grenzenlos. Das politische Programm, das

Byrnes formuliert hat, und das anscheinend zur grossen Farole der gesamten Rechten werden wird, lautet daher: Abbau der Staatskontrollen, Rückkehr zum Prinzip der freien Wirtschaft, einschneidende Spar-

massnahmen im Staatshaushalt, Steuerreduktionen, Schluss mit staatlichen Subventionen und endlich Verringerung der Auslandskredite

(Marshallplan u.a.) auf ein Minimum. Ein Gesinnungsfreund Byrnes', Senator Harry Byrd, glaubt, auf diese Weise jährlich zehn Milliarden

Dollar einsparen zu können. Die Sparfanatiker vom rechten Flügel der Republikanischen Partei, geführt von Senator Taft, dürften natürlich

gegen ein solches Programm wenig einzuwenden haben.

Gegen diese immer deutlicher werdenden Tendenzen auf der Rechten sucht die Linke ihre Kräfte zu sammeln. Der reguläre Demokratische

Parteiapparat wird mehr und mehr politisch in den Hintergrund gedrängt; an seine Stelle sind die politischen "Aktionskomitees" der

beiden grossen Gewerkschaftsverbände getreten sowie die parteimässig nicht gebundene "Amerikanische Vereinigung für Demokratische Aktion",

deren Einfluss im Zunehmen begriffen ist. Diese drei Organisationen, alle drei der gemässigten Linken zugehörig, waren im vorigen Jahr

für den grossen Wahlsieg Trumans verantwortlich und haben seither in allen Nach- und Lokalwahlen mit Erfolg das Zünglein an der Waage

gespielt.

Mit der Zeit hat sich so eine Allianz zwischen Truman-Demokraten und Gewerkschaften auf der einen und fortschrittlichen Republikanern auf der anderen Seite ergeben, die mindestens ebenso schlagkräftig und wirksam ist, wie die in Bildung begriffene "Front" auf der konservativen Rechten es jemals sein kann. Schon hat Truman dem Senator Morse, dem linken Flügelmann der Republikaner, angeboten, bei dessen nächster Erneuerungswahl auf der demokratischen Liste zu kandidieren oder sich wenigstens von den Demokraten unterstützen zu lassen.

Eine überparteiliche Front des sozialen Fortschritts, der Truman, Morse und alle grossen Gewerkschaften angehören und deren Anziehungskraft, wie die Erfahrung gelehrt hat, auch auf Farmer und Intellektuelle gross ist, wird vermutlich, wenn die nächsten allgemeinen Wahlen vor der Türe stehen, auf eine konservative Front Byrnes-Taft stossen. Die regulären alten Parteiapparate werden noch erhalten bleiben, aber quer durch sie hindurch werden sich die grossen weltanschaulichen Koalitionen zusammenballen. Wenn nicht alles täuscht, werden diese letzteren es sein, die das künftige Gesicht der amerikanischen Innenpolitik bestimmen werden.

\*\*\*

#### Puschkins Fusionspläne

(Eig. Ber.) Berlin

Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ist Moskau-Botschafter in Berlin-Pankow, Puschkin, bestrebt, die Frist, die durch die Verschiebung der Wahlen bis zum 1.10.1950 gewährt wurde, zu nutzen und bis dahin in der sowjetischen Zone Verhältnisse zu schaffen, die ohne Risiko für die bestehenden Machtverhältnisse die Abhaltung von Scheinwahlen ermöglichen. Bis zum 1. Oktober 1950 muss deshalb die Gleichschaltung der bürgerlichen Ostzonenparteien vollendet sein.

Es verlautet, dass Botschafter Puschkin in massgebenden Kreisen den Plan erläutert haben soll, den bürgerlichen Ostzonenparteien eine Fusion mit der völlig von der SEP kontrollierten Nationaldemokratischen Partei nahe zu legen, nachdem sich diese Neugründung als ein Fehlschlag erwiesen hat. Durch diese Fusion will Puschkin die Aufstellung einer Einheitsliste umgehen. In der nach seinen Plänen geschaffenen Fusionspartei würde selbstverständlich durch die Herein-  
nahme der Nationalkommunisten aus der NDP, die auf Tulpenows Befehl

Gründer der Nationaldemokratischen Partei wurden, das kommunistische und sowjetische Element überwiegen. Aus den heutigen bürgerlichen Ostzonenparteien sollen nur absolut korrumpierte und moskuehörige Politiker wie Kastner und Dartinger in den Vorstand der neuen Partei übernommen werden. Als Termin für diese Fusion soll Puschkin den 1.4.1950 gestellt haben.

Die ersten "Unterhaltungen" zwischen Puschkin und den Vorsitzenden der beteiligten Parteien haben bereits stattgefunden. Die in der Ost-LDP und der Ost-CDU angelaufenen Säuberungsaktionen müssen als Vorbereitungen zu dieser Fusion angesehen werden, wodurch die letzten opponierenden Elemente aus diesen Parteien ausgeschlossen werden und eine für Moskau zuverlässige "Nationale Front" geschaffen wird. Wie Ulbricht sich ausdrückte, habe die kommende Wahl nur einen Sinn, wenn sie zur Stärkung der "Nationalen Front" führt! Die Voraussetzungen für das "sinngemässe" Ergebnis der kommenden Wahlen werden jetzt geschaffen.

\*\*\*

#### "Freundschaft umspannt die Welt"

sp. "Freundschaft umspannt die Welt" - unter dieser Losung trafen sich vom 28. November bis 8. Dezember 1949 in Speyer Vertreter der sozialistischen Jugendverbände von Frankreich, Holland, Österreich, Dänemark, Schweden und Norwegen mit deutschen Jungsozialisten, Falken und sozialistischen Studenten zu einer Tagung der sozialistischen Jugendinternationale.

In drei Arbeitsgemeinschaften wurden Organisationsfragen der sozialistischen Jugendbewegungen, kultur- und sozialpolitische Probleme und die Arbeit der Jugendinternationale erörtert. Neben ausführlichen Referaten führender Vertreter der deutschen Sozialdemokratie über die politische Entwicklung in Deutschland sprachen als ausländische Gäste Josef Hindels vom Vorstand der österreichischen sozialistischen Jugend über die theoretischen Grundlagen des Sozialismus und der Kanadier Bob McKenzie über die politischen Kräfte in Amerika und die Situation der europäischen sozialistischen Parteien. Bei der allgemeinen, sehr regen Aussprache wurden besonders bei der Behandlung der deutschen Probleme einige Missverständnisse geklärt und es war möglich, den ausländischen Freunden ein objektives Bild der Lage in Deutschland zu vermitteln. ...

Die Tagung hat deutlich gezeigt, wie notwendig es ist, dass sich junge Sozialisten aus allen Ländern zu gründlicher Aussprache zusammenfinden. Es wurden deshalb ganz besonders die Möglichkeiten einer noch engeren Zusammenarbeit der sozialistischen Jugendverbände behandelt. - Das nächste und grössere Treffen soll im Juni des kommenden Jahres in Stockholm stattfinden. 28 der sozialistischen Jugendinternationale angeschlossene Einzelverbände aus 17 Ländern haben bereits ihre Teilnahme zugesagt. Nach den vorläufigen Berichten wird mit einer Gesamtteilnehmerzahl von insgesamt 25.000 jungen Sozialisten gerechnet.

\*\*\*